

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

<https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/3529/2016/en/>

Index: MDE 15/3529/2015

25. Februar 2016



ISRAEL/BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: ISRAELISCHE BEHÖRDEN MÜSSEN KOLLEKTIVE BESTRAFUNG VON PALÄSTINENSERN IN HEBRON BEENDEN UND MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER IN DER STADT SCHÜTZEN

Am 25. Februar vor 22 Jahren erlebten die Palästinenser in Hebron zum ersten Mal, dass die al-Shuhada-Straße in der Altstadt von den israelischen Behörden geschlossen wurde. Aus diesem Anlass und inmitten der intensivierten und katastrophalen Abriegelungen, die dort seit Oktober 2015 verhängt sind, fordert Amnesty International die israelischen Behörden heute dazu auf, ihre diskriminierenden Einschränkungen zu beenden, die kollektive Bestrafung von Palästinensern in der Stadt aufzugeben und die Menschenrechtsverteidiger dort zu schützen.

Seit Oktober 2015, als in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT / *Occupied Palestinian Territories*) eine Woge der Gewalt losbrach, haben die israelischen Behörden ihre willkürlichen und diskriminierenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gegen Palästinenser in und um die Altstadt von Hebron drastisch verschärft und Teile der Hebron Altstadt zur "militärischen Sperrzone" erklärt. Das ohnehin vorhandene Muster der seit langem bestehenden Verletzungen der Rechte auf Bewegungsfreiheit, Arbeit, gesundheitliche Versorgung und Bildung von Palästinensern in Hebron ist damit noch weiter vertieft und bestärkt worden, vor allem für die Zehntausende von Menschen, die in oder in der Nähe der Altstadt wohnen oder dort arbeiten. Diese willkürlichen und diskriminierenden Einschränkungen stellen eine kollektive Bestrafung der gesamten palästinensischen Bevölkerung dar und verstoßen gegen das Internationale Humanitäre Völkerrecht. Für die israelischen Juden, die in illegalen Siedlungen in und um die Stadt Hebron herum leben, gelten sie nicht. Unterdessen werden auch palästinensische und internationale Menschenrechtsverteidiger und Menschenrechtsbeobachter daran gehindert, die Gebiete um die al-Shuhada-Straße und die israelische Ansiedlung Tel Rumeida zu betreten und regelmäßig von israelischen Truppen und Siedlern schikaniert.

Die israelischen Behörden müssen sofort alle Maßnahmen beenden, die eine kollektive Bestrafung von Palästinensern in Hebron darstellen. Als erster Schritt hierzu müssen die willkürlichen und diskriminierenden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die seit Oktober 2015 verhängt sind, wieder aufgehoben werden. Menschenrechtsverteidiger müssen geschützt und allen internationalen Beobachtern muss der ungehinderte Zugang zu allen Bereichen von Hebron erlaubt werden. Außerdem müssen die israelischen Behörden sich den grundlegenden Ursachen der fortlaufenden Menschenrechtskrise in der Stadt stellen, indem sie Maßnahmen ergreifen, um die israelischen Zivilisten, die in den illegalen Siedlungen dort leben, zu evakuieren.

NEUE UND DISKRIMINIERENDE ISRAELISCHE EINSCHRÄNKUNGEN DER BEWEGUNGSFREIHEIT FÜR PALÄSTINENSER IN HEBRON VERTIEFEN DIE KOLLEKTIVE BESTRAFUNG

Am 29. Oktober 2015 erklärte die israelische Armee den palästinensischen Stadtteil Tel Rumeida nahe der Altstadt von Hebron zur "militärischen Sperrzone". Das israelische Militär setzt diese Form der Verwaltungsanordnung ein, um den Zugang von nicht ortsansässigen Personen zu bestimmten Gebieten zu verhindern. Oft benutzt die israelische Armee solche Anordnungen auch, um palästinensische Proteste und Demonstrationen

in der Westbank zu unterdrücken, oder sie rechtfertigt sie als für die "Sicherheit" notwendig und wendet sie gern im Anschluss an palästinensische Übergriffe auf Israelis an. In vielen Fällen werden sie auch in einer Weise verhängt, die einer kollektiven Bestrafung gleichkommt. Die Anordnung der militärischen Sperrzone in Tel Rumeida ist seit Oktober 2015 jeden Monat erneuert worden, zuletzt am 5. Februar 2016. Die Bedingungen dieser Abriegelung bringen es mit sich, dass innerhalb der Grenzen dieser Zone nur Personen anwesend sein dürfen, die dort wohnen und bereit sind, sich bei der israelischen Armee registrieren zu lassen. Sie erhalten dann eine Erkennungsnummer und damit die Genehmigung für den Zugang zum Stadtteil. An zahlreichen Militärkontrollpunkten an den Eingängen zu den gesperrten Gebieten und verschiedenen Punkten innerhalb der Vororte werden die ortsansässigen palästinensischen Einwohner dann mühseligen Kontrollen unterzogen. Menschenrechtsorganisation berichten seit Oktober 2015 immer wieder über Vorfälle, bei denen israelische Truppen Einwohner über Stunden an den Checkpoints festgehalten haben.

Keine dieser Maßnahmen wird auf israelische Juden angewendet, die in illegalen Siedlungen innerhalb und um die militärischen Sperrzonen wohnen oder dort jemanden besuchen. Diese können das Gebiet nach eigenem Gutdünken zu Fuß oder in ihren Fahrzeugen betreten und verlassen, selbst wenn sie Feuerwaffen bei sich tragen, und zwar, ohne diverse Sicherheitskontrollen durchlaufen zu müssen. Dabei kommt es oft genug vor, dass palästinensische Einwohner der Stadt von israelischen Siedlern bedroht oder angegriffen werden. Die Menschenrechtsorganisation B'Tselem berichtet, dass die israelische Armee palästinensische Eigentümer von Geschäften in dem abriegelten Gebiet daran hindert, zu ihren Läden zu gelangen, seit es im Oktober 2015 zu Fällen von palästinensischer Gewalt gegen Israelis gekommen ist. Solche Maßnahmen haben aber offensichtlich nicht den Schutz von Zivilisten im Blick, sondern zielen schlicht darauf ab, eine ganze Gemeinschaft für die Handlungen oder mutmaßlichen Aktionen Einzelner zu bestrafen.

Die israelischen Behörden behaupten zwar, das Gebiet in Tel Rumeida sei aus Sicherheitsgründen zu einer militärischen Sperrzone erklärt worden, die weitreichenden und pauschalen Beschränkungen, die nur auf eine Bevölkerungsgruppe angewendet werden, stellen aber eine diskriminierende und kollektive Bestrafung dar. Das Recht auf Bewegungsfreiheit ist durch den Artikel 12 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte (ICCPR / *International Covenant on Civil and Political Rights*) geschützt. Nur in Ausnahmesituationen dürfen begrenzte Einschränkungen aus legitimen Sicherheitsgründen verhängt werden. Diese müssen dann per Gesetz erlassen werden, absolut notwendig und verhältnismäßig sein, und sie dürfen nicht diskriminieren. Als Besatzungsmacht ist Israel auch an die Vierte Genfer Konvention gebunden und damit auch an Artikel 33 der Konvention, der kollektive Bestrafungen grundsätzlich ausschließt. Damit dürfen die israelischen Truppen selbst im Namen der Sicherheit keine Maßnahmen erlassen, die willkürlich sind und diskriminierend wirken und/oder einer kollektiven Bestrafung gleichkommen – auch nicht als Reaktion auf palästinensische Übergriffe gegen Israelis. Die verschärften Einschränkungen, die jetzt seit über drei Monaten ständig über Hebron verhängt sind, verstoßen gegen alle oben genannten gesetzlichen Bestimmungen und müssen unverzüglich aufgehoben werden.

Auch die seit langem bestehenden Einschränkungen, die so verheerende Wirkungen für das palästinensische Leben in und um die Altstadt von Hebron mit sich bringen, müssen aufgehoben, die al-Shuhada-Straße für den palästinensischen Verkehr wieder freigegeben und die Wiedereröffnung der palästinensischen Geschäfte auf dieser Straße erlaubt werden. Außerdem müssen die aus ihren Häusern vertriebenen Anwohner in ihre Wohnungen zurückkehren dürfen.

SCHIKANIERUNG VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERN IN HEBRON DURCH ISRAELISCHE TRUPPEN

Neben den jüngsten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Zentrum von Hebron sind auch Menschenrechtsverteidiger – palästinensische, israelische und internationale – erneut unter den Druck durch israelische Soldaten und Siedler geraten. Das Gebiet der militärischen Sperrzone erstreckt sich bis zu einem Haus in Tel Rumeida, das dem Menschenrechtsverteidiger Issa Amro gehört. Issa Amro ist unter anderem auch Direktor der palästinensischen Aktivistengruppe *Youth Against Settlements (Jugend gegen Siedlungen)*, die sich ganz der Gewaltfreiheit verpflichtet hat. Sein Haus fungiert als Hauptquartier der Gruppe und als Bildungszentrum. Derzeit ist es allerdings nur für Issa Amro erreichbar, weil er der rechtmäßige Eigentümer des Gebäudes ist. Nachdem am 6. November 2015 nahe der Ibrahimi-Moschee mit dem Grab der Patriarchen zwei Israelis von einem palästinensischen Pistolenschützen unter Beschuss genommen und verletzt wurden, hat die israelische Armee in Begleitung israelischer Siedler eine Razzia in dem Bildungszentrum durchgeführt und das Gebäude 24 Stunden lang besetzt. Währenddessen, so die Aktivisten-Gruppe, durchstöberten die Soldaten das Haus

und zerstörten Kameras und Zubehörgeräte. Am 27. November 2015 durchsuchte die israelische Armee das Zentrum erneut. Issa Amro und ein 16-jähriger Aktivist wurden verhaftet und in Gewahrsam genommen. Issa Amro sagte Amnesty International, dass er während seiner Haft für viereinhalb Stunden mit verbundenen Augen und hinter dem Rücken gefesselten Händen in der stinkenden Toilette einer Polizeiwache festgehalten wurde. Er sagte, dass Soldaten die Tür zur Toilette kontinuierlich aufrissen und wieder zuwarfen und draußen seinen Namen riefen. Einer, so Issa Amro, drohte ihn zu erschießen. Issa Amro wurde später am selben Tag ohne Anklage aus dem Arrest entlassen, während der 16-jährige Aktivist erst sechs Tage später freikam. Issa Amro ist seinen Angaben zufolge häufigen verbalen Drohungen gegen seine Person ausgesetzt; zuweilen greifen israelische Siedler ihn auch körperlich an, oft im Beisein israelischer Soldaten oder Polizisten. Diese Vorfälle haben seit Oktober 2015 zugenommen.

Andere Aktivisten der Organisation *Youth Against Settlements* sind mit ähnlichen Schikanen und Übergriffen durch israelische Sicherheitskräfte und Siedler konfrontiert. Die Familie Sharabati lebt in einem Haus auf der al-Shuhada-Straße in der Nähe des Checkpoints 55, gegenüber der illegalen israelischen Siedlung von Beit Hadassah. Die Familienmitglieder benutzen Kameras und Smartphones, um Übergriffe durch die israelische Armee und Grenzpolizei oder durch Siedler gegen die Familie selbst und gegen andere Palästinenser in der Gegend zu dokumentieren. Bei verschiedenen Besuchen im Haus der Familie Sharabati im Oktober 2015 haben auch Vertreter von Amnesty International mehrere Attacken und andere Schikanen gegen die Familie durch israelische Sicherheitskräfte und Siedler miterlebt und dokumentiert. Am 17. Oktober 2015 hielten zwei Mitglieder der Familie auf Video fest, was sich gleich nach der Tötung von Fadel al-Qawasmeh durch einen israelischen Siedler im Beisein der israelischen Armee auf der al-Shuhada-Straße abspielte. Weitere Informationen zu diesem Vorfall finden sich auf Englisch in der Pressemitteilung von Amnesty International, *Israel/OPT: Israeli authorities must protect Palestinian civilians in wake of settler attacks in Hebron* vom 30. Oktober 2015, im Internet verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/10/israel-opt-israeli-authorities-must-protect-palestinian-civilians-in-wake-of-settler-attacks-in-hebron/> oder auf Deutsch unter [Israel/Besetzte Palästinensische Gebiete \(OPT\): Israelische Behörden müssen palästinensische Zivilisten im Kielwasser von Siedlerattacken in Hebron beschützen](#). Im Anschluss an den Vorfall führte maskiertes israelisches Sicherheitspersonal in ziviler Kleidung eine Razzia im Haus der Familie Sharabati durch, konfiszierte Teile ihres Equipments und verhörte Mitglieder der Familie. Seitdem ist die Familie bei zahlreichen Gelegenheiten immer wieder von israelischen Sicherheitskräften und israelischen Siedler attackiert und schikaniert worden und befindet sich ständig in unmittelbarer Gefahr. Einige Familienmitglieder müssen immer noch mit Einschränkungen rechnen, wenn sie ihr Haus betreten wollen, weil es ablehnen, sich bei der israelischen Armee registrieren zu lassen und eine Nummer in Empfang zu nehmen, die ihnen den Zugang durch die Checkpoints in die Hebron Altstadt erlaubt.

Auch internationale Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger, die bei der Dokumentierung von israelischen Verstößen gegen in Hebron lebende Palästinenser seit vielen Jahren eine maßgebliche Rolle spielen, werden von israelischen Truppen und Siedlern schikaniert und attackiert und daran gehindert, das als militärische Sperrzone ausgewiesene Gebiet zu betreten. Die Aktivisten der Internationalen Solidaritätsbewegung (ISM / *International Solidarity Movement*) erzählten Amnesty International im Oktober 2015, dass sie häufig von israelischen Siedlern angegriffen worden sind, auch im Beisein israelischer Truppen. Letztere hätten nichts unternommen, um die Übergriffe zu stoppen. Die Aktivisten der ISM berichteten auch, dass die israelische Polizei am 3. November 2015 zwei internationale Aktivisten verhaftet hat. Dies geschah auf die Bitte eines israelischen Soldaten an einem Checkpoint hin, den die beiden Aktivisten unter Beobachtung genommen hatten. Wie die ISM erklärte, wurden die Beiden wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem sie versprochen hatten, die Stadt für eine Woche zu verlassen – obwohl die israelische Polizei erklärt hatte, dass "keine Beweise" gegen sie vorlägen.

Ende Oktober 2015 hängten israelische Siedler Plakate auf, die Bilder von internationalen Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern zeigten. Der Begleittext zu den Bildern lautete: „Das ist kein Tourist, das ist ein feindlicher Anarchist“. Die Plakate forderten Soldaten auf, wegen der „antisemitischen Absichten“ der Aktivisten gegen diese „vorzugehen“. Einige der Personen, die auf diesen Plakaten gezeigt wurden, verließen die Stadt Hebron entweder aus Angst um ihre eigene Sicherheit oder weil sie mit dem Hinweis auf Sicherheitsbedenken von ihren Organisationen zurückgezogen wurden. Nachdem in Tel Rumeida die militärische Sperrzone errichtet worden war, räumte die israelische Armee die Wohnung der ISM-Aktivisten, die diese in dem Vorort angemietet hatten. Nach Kenntnis von Amnesty International wurde internationalen Aktivisten und Menschenrechtsverteidigern der Zugang zu dem Gebiet, in dem die militärischen Sperrzone in Tel Rumeida

liegt, seit ihrer Einrichtung Ende Oktober 2015 nicht mehr erlaubt. Zwar setzen einige ihre Aktivitäten – und auch ihre Beobachtertätigkeiten – in Teilen der Altstadt außerhalb der militärischen Sperrzone weiter fort, die gegen sie verhängten Einschränkungen haben aber das Maß an Schutz für die palästinensischen Einwohner des Gebietes, die schon seit langem unter Gewalt und Einschüchterung durch israelische Sicherheitskräfte wie durch israelische Siedler zu leiden haben, ganz erheblich reduziert.

Israels Behörden müssen Menschenrechtsverteidiger – palästinensische, israelische und internationale – vor Angriffen und Schikanen schützen und allen internationalen Beobachtern den ungehinderten Zugang zu allen Gebieten von Hebron erlauben.

RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN, ANGRIFFE AUF ZIVILISTEN UND ILLEGALE SIEDLUNGEN

Seit Beginn des Monats Oktober 2015 greifen einzelne Palästinenser israelische Soldaten, Polizisten und Zivilisten in der Stadt Hebron und auch anderswo in den OPT immer wieder mit Messern und Schusswaffen an oder versuchen, sie mit Fahrzeugen zu rammen. Die israelischen Truppen reagieren darauf mit exzessiver und tödlicher Gewalt. Im Zentrum von Hebron oder in direkter Nähe zu den illegalen Siedlungen dort sind seit dem 1. Oktober 20 Palästinenser durch israelische Sicherheitskräfte getötet worden; die meisten starben bei tatsächlichen oder mutmaßlichen Angriffen auf israelische Soldaten oder Zivilisten. Eine weitaus geringere Zahl wurde bei Zusammenstößen getötet, bei denen israelische Truppen das Feuer auf palästinensische Protestler eröffneten, und einer starb bei einer Verhaftungsaktion, die in einem Krankenhaus in Hebron durchgeführt wurde. Weitere Informationen über diesen letztgenannten Vorfall sind in der Pressemitteilung von Amnesty International *Israel/OPT: Investigate apparent extrajudicial execution at Hebron hospital* vom 12. November unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/11/israel-opt-investigate-apparent-extrajudicial-execution-at-hebron-hospital/> auf Englisch oder auf Deutsch unter [*Offenbar außergerichtliche Exekutionen im Krankenhaus von Hebron müssen untersucht werden*](#) verfügbar. Ein weiterer Palästinenser wurde außerdem durch einen israelischen Zivilisten beschossen und getötet. Laut den Behauptungen der israelischen Behörden hatte der Getötete die Absicht, den Israeli mit einem Messer anzugreifen. Einzelheiten zu diesem Vorfall sind in Amnesty Internationals Pressemitteilung *Israel/OPT: Israeli authorities must protect Palestinian civilians in wake of settler attacks in Hebron* vom 30. Oktober unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/10/israel-opt-israeli-authorities-must-protect-palestinian-civilians-in-wake-of-settler-attacks-in-hebron/> auf Englisch oder auf Deutsch unter [*Israelische Behörden müssen palästinensische Zivilisten im Kielwasser von Siedlerattacken in Hebron beschützen*](#) enthalten.

Absichtliche Angriffe auf Zivilisten – und dazu zählen auch Angriffe auf israelische Zivilisten in Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten – können niemals gerechtfertigt werden. Siehe dazu auch die Nachrichten von Amnesty International *Israel/OPT: All deliberate attacks on civilians reprehensible and unjustified* vom 20. November 2015 auf Englisch im Internet verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/11/israel-opt-all-deliberate-attacks-on-civilians-reprehensible-and-unjustified/> oder auf Deutsch unter [*Israel/OPT: Absichtliche Angriffe auf Zivilisten ausnahmslos verwerflich und ungerechtfertigt*](#). Der Staat Israel steht in der Pflicht, alle notwendigen Schritte zu unternehmen und verhältnismäßige und nicht diskriminierende Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit aller Zivilisten unter seiner Kontrolle zu gewährleisten. Israels Reaktionen auf die Eskalation der Gewalt haben aber lediglich die bereits vorhandenen Muster des ungerechtfertigten und exzessiven Einsatzes von tödlicher Gewalt gegen Palästinenser, der willkürlichen Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und der Festnahme, Inhaftierung und Schikanierung von Menschenrechtsverteidigern reproduziert. Einigen Fällen von Palästinensern, die durch israelische Sicherheitskräfte in Hebron getötet wurden und bei denen es sich um offenbar außergerichtliche Exekutionen gehandelt hat, die von den Behörden nicht hinreichend untersucht wurden, ist Amnesty International nachgegangen, siehe hierzu die Amnesty-Meldung vom 27. Oktober 2015 *Israeli forces in Occupied Palestinian Territories must end pattern of unlawful killings* in englischer Sprache abrufbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/10/israeli-forces-must-end-pattern-of-unlawful-killings-in-west-bank/> oder auf Deutsch unter [*Israelische Truppen in den besetzten palästinensischen Gebieten müssen Schema der rechtswidrigen Tötungen beenden*](#) sowie die Pressemitteilung von Amnesty International *Israel/OPT: Investigate apparent extrajudicial execution at Hebron hospital* vom 12. November unter <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/11/israel-opt-investigate-apparent-extrajudicial-execution-at-hebron-hospital/> (englisch) oder auf Deutsch unter [*Israel/Besetzte Palästinensische Gebiete \(OPT\): Offenbar außergerichtliche Exekutionen im Krankenhaus von Hebron müssen untersucht werden*](#) und die öffentliche Stellungnahme von Amnesty International *Israel/OPT: Evidence indicates West Bank killing was extrajudicial execution* vom 25. September 2015, auf Englisch im Internet als PDF abrufbar unter <http://tinyurl.com/z3m9s7m> sowie auf Deutsch unter [*Israel/OPT: Beweise lassen vermuten, dass Tötung von Palästinenserin in der Westbank außergerichtliche Hinrichtung war.*](#)

Israels Sicherheitskräfte haben die Pflicht, alle Zivilisten zu schützen. Als Besatzungsmacht muss Israel gegenüber palästinensischen Zivilisten, die unter seiner Besatzung leben und anhand der Vierten Genfer Konvention als geschützte Personen gelten, besondere Verpflichtungen erfüllen. Wie sich in den letzten Monaten immer wieder gezeigt hat, hängt die Art und Weise wie Israel auf Bedrohungen oder Schäden für Zivilisten in Hebron reagiert, allerdings davon ab, ob die bedrohten oder geschädigten Zivilisten israelischer oder palästinensischer Herkunft sind. Die Aktionen israelischer Sicherheitskräfte in Hebron sind durchweg diskriminierend. Sie erlauben den dortigen Siedlern, Palästinenser praktisch straflos zu schikanieren und sie anzugreifen, während gleichzeitig Zehntausende von Palästinensern kollektiv bestraft werden.

Die Anwesenheit illegaler Siedlungen in und um Hebron ist sowohl die Ursache der seit langem bestehenden Menschenrechtskrise in der Stadt als auch der Hauptgrund für die eskalierende Gewalt, die in den letzten Monaten zu beobachten ist. Die Siedlungen dort wurden unter Verstoß gegen das Internationale Völkerrecht errichtet. Ihre Anwesenheit hat über viele Jahre zu schweren Verletzungen palästinensischer Menschenrechte geführt. Laut dem Römischen Statut zum Internationalen Strafgerichtshof stellt Israels Siedlungspolitik zudem ein Kriegsverbrechen dar. Anstatt die diskriminierenden Maßnahmen und Aktionen fortzuführen, die im Verbund eine illegale Situation herstellen und die Menschenrechte von Palästinensern verletzen, muss Israel die israelischen Zivilisten, die in den illegalen Siedlungen in und um Hebron und auch anderswo in den besetzten palästinensischen Gebieten leben, von dort evakuieren.

HINTERGRUND: SIEDLUNGEN, EINSCHRÄNKUNGEN UND ZWANGSVERTREIBUNGEN IN HEBRON

Hebron liegt in der südlichen Hälfte der besetzten Westbank und stellt ein wichtiges Handelszentrum dar. Es ist bis auf Ostjerusalem die einzige palästinensische Stadt in der Westbank, in der israelische Siedler auch im Innern des Stadtzentrums leben. In vier Siedlungsklaven in den Stadtteilen Beit Hadassah, Beit Romano, Avraham Avinu und Tel Rumeida, die innerhalb oder am Rand der Altstadt von Hebron liegen, wohnen rund 800 israelische Siedler. Darüber hinaus leben noch mehr als 7.000 weitere Siedler in den beiden Siedlungen am Rand von Hebron, Givat Harsina und Kiryat Arba (einschließlich Givat Ha'avot). Auch die Siedler von dort kommen natürlich regelmäßig ins Zentrum der Stadt und in die Altstadt. Um die Siedler zu schützen, sind ständig große Kontingente israelischer Soldaten, Grenzsicherer und Polizisten in und um Hebron präsent. Wie auch sonst in der Westbank wenden die israelischen Behörden in und um Hebron für israelische Siedler das israelische Zivilrecht an, während für Palästinenser Militärrecht und Militärverordnungen mit härteren Strafen und geringeren Schutzklauseln geltend gemacht werden.

Im Jahr 1997 zogen sich die israelischen Truppen aus etwa 80% des Stadtgebiets von Hebron zurück und übergaben die Kontrolle über diesen Teil der Stadt, der auch als H1-Zone bezeichnet wird, an die damalige Palästinensische Autonomiebehörde. Allerdings behielten sie die Kontrolle über den restlichen Teil der Stadt, der als H2-Zone bezeichnet wird, bei. Zu dieser Zone zählen die Altstadt, die vier Siedlungen, die Ibrahimi-Moschee mit dem Grab der Patriarchen sowie das Gewerbegebiet von Hebron. Die Altstadt gilt traditionell als das kommerzielle und kulturelle Herz von Hebron.

Am 25. Februar 1994 erschoss ein israelischer Siedler 29 Palästinenser, die an der Ibrahimi-Moschee mit dem Grab der Patriarchen gebetet hatten, und verletzte etliche weitere. Die Ibrahimi-Moschee mit dem Grab der Patriarchen wird auch als Abrahamsmoschee bezeichnet und ist für Muslime wie für Juden eine heilige Stätte. Nach der Tat verhängten die israelischen Behörden eine Reihe schwerwiegender und diskriminierender Einschränkungen der Bewegungsfreiheit gegen die palästinensischen Einwohner der Stadt. Weite Teile der al-Shuhada-Straße, früher das florierende Handelszentrum der Stadt, wurden für Palästinenser vollständig gesperrt, während israelische Siedler und ihre Gäste sich weiter frei im ganzen Ort bewegen können.

Über die Jahre waren immer diverse Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in Kraft, wobei die israelische Armee regelmäßig zusätzliche Ausgangssperren oder Abriegelungen verhängt hat, zuweilen auch über längere Zeiträume und nachdem Palästinenser israelische Soldaten oder Zivilisten angegriffen hatten. Während der Zweiten Intifada erließ die Armee routinemäßig 24-Stunden-Ausgangssperren gegen die Palästinenser in Zone H2, manchmal gleich für eine ganze Woche, und hob diese nur gelegentlich auf, damit die Menschen ihre Vorräte auffüllen konnten. Seitdem ordnet die israelische Armee immer wieder massive Einschränkungen an, vor allem in und um die Altstadt von Hebron. Viele dieser Einschränkungen betreffen allein palästinensische Fahrzeuge, die somit nicht mehr in die Altstadt gelassen werden, was dazu führt, dass jegliche Waren, egal ob für den persönlichen oder den kommerziellen Bedarf, per Hand oder mit dem Handwagen hinein oder hinaus

gebracht werden müssen. Palästinensern ist es verboten, manche Straßen der Hebronner Altstadt – darunter die al-Shuhada-Straße – auch nur zu betreten. Gelegentlich werden diese Einschränkungen noch weiter verschärft, damit israelische Siedler jüdische Feiertage begehen oder große Versammlungen durchführen können. Über die Jahre haben Israels Truppen israelische Siedler generell nicht daran gehindert, die Kontrolle über Grundstücke an sich zu ziehen, die in den für Palästinenser geschlossenen Gebieten der Altstadt liegen. Israelische Gerichte zeigen sich unterdessen oft nicht in der Lage, palästinensische Grundeigentumsrechte zu schützen. Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die seit über 20 Jahren in mehr oder minder schwerem Umfang verhängt werden, gestalten das Leben in der Altstadt für Palästinenser äußerst schwierig. Sie haben Tausende palästinensische Firmen und Einwohner dahin gedrängt, in andere Teile der Westbank umzuziehen und sie damit zwangsweise vertrieben.

Öffentliches Dokument
